

Antrag an die Landesmitgliederversammlung am 16. April 2016 in Köln

Antragsteller: Landesvorstand

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen

Mehr Demokratie NRW organisiert in einem landesweiten Bündnis eine Volksinitiative nach Art. 67a der Landesverfassung NRW gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP. Der Landtag soll die Landesregierung auffordern, der Ratifizierung von CETA im Bundesrat nicht zuzustimmen und sich für einen Abbruch der Verhandlungen über TTIP einzusetzen.

Begründung

Das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada ist ausverhandelt. Im Laufe des Jahres soll die Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten beginnen. Wenn CETA ein so genanntes gemischtes Abkommen ist, wovon wir Stand heute ausgehen, dann müssen in den meisten Mitgliedsstaaten auch die nationalen Parlamente zustimmen – in Deutschland neben dem Bundestag auch der Bundesrat. Hier setzt Mehr Demokratie an. Wir planen in Bayern und möglicherweise auch in Schleswig-Holstein Volksbegehren, bei deren Erfolg die dortigen Landesregierungen rechtlich an ein Abstimmungsverhalten gebunden wären.

In NRW ist ein Volksbegehren wegen des hohen Quorums nicht realistisch. Zudem: die Besonderheit, dass der Landtag der Landesregierung per Beschluss ein Abstimmungsverhalten im Bundesrat auferlegen kann, gibt es in NRW nicht. Die Landesregierung ist im Bundesrat frei in ihren Entscheidungen – zumindest juristisch.

Politisch allerdings würde von einer Positionierung des Landtags gegen CETA und TTIP ein wichtiges Signal für die Landesregierung und auch den Rest der Republik ausgehen. NRW ist nicht nur das bevölkerungsreichste, sondern gemessen am Bruttoinlandsprodukt auch das wirtschaftlich stärkste Bundesland.

Um diese Positionierung zu erreichen, wollen wir TTIP und CETA in einem landesweiten Bündnis mit einer Volksinitiative zu einer Schlüsselfrage bei den anstehenden NRW-Landtagswahlen im Frühjahr 2017 machen. Keine Partei darf im Wahlkampf um diese Frage herumkommen. Der Widerstand gegen TTIP und CETA muss im gesamten Landtags-Wahlkampf immer wieder spürbar werden.

Eine Volksinitiative, die allein von Mehr Demokratie getragen wird, wird nicht genug Kraft entwickeln. Vor dem Start der Initiative wollen und werden wir in den nächsten Monaten deswegen starke Bündnispartner finden und dabei vor allen Dingen auch die zahlreichen regionalen Bündnisse vor Ort um ihre Unterstützung bitten. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass CETA kein gemischtes Abkommen sein sollte, werden wir in diesem Bündnis adäquate Handlungsalternativen ausarbeiten und umsetzen.